

LINKS

Mitgliederzeitung der SP Schweiz
219 · Ausgabe CH · Juni 2025
AZB 3001 Bern · Post CH AG



**Jetzt
Mietpreis-
Initiative
unterschreiben!**

**Unterschriftenkarte
in der Heftmitte**

Mitte-rechts will Löhne senken

KAMPF GEGEN DEN BACKLASH

Es braucht eine feministische Brandmauer gegen rechts.
Seite 6

UPCYCLING: RETTEN WIR DIE FAHNEN!

Wir zeigen, wie du alte Kampagnen-Fahnen zu coolen,
farbenfrohen Taschen umarbeitest. Seite 14

Liebe Leser:innen, alle dazwischen und darüber hinaus



Wenn der Lohn zum Leben nicht reiche, solle halt die Sozialhilfe einspringen. Das sagte Arbeitgeberpräsident Roland A. Müller vor einer Parlamentskommission. Existenzsichernde Löhne seien nicht Aufgabe der Arbeitgeber. «Irgendwo hört es auf.»

Ja, irgendwo hört es wirklich auf. Den Angriff von SVP, FDP und Mitte auf demokratisch beschlossene Mindestlöhne werden wir nicht hinnehmen. Sollte das Gesetz, das die Mindestlöhne aushebeln will, im Herbst auch im Ständerat

durchkommen – und davon ist auszugehen –, ergreifen wir das Referendum. Ab Seite 4 liest du, wie Co-Präsident Cédric Wermuth die Situation beurteilt.

Doch wie kommt es eigentlich, dass eine Mehrheit aus SVP, FDP und Mitte im Nationalrat ein Gesetz beschliesst, das hart arbeitenden Menschen tiefere Löhne beschert? Jenen Menschen, die beispielsweise unseren den Dreck wegputzen, die Wäsche waschen (–350 Franken), auch Bürgerlichen die Haare schneiden (–250) oder den Kaffee servieren (–300).

Das Problem liegt im Mindset – und in der Zusammensetzung des Parlaments. Die Mehrheit kann sich offenbar nicht vorstellen, was es für ihre Coiffeusen bedeutet, wenn Ende Monat plötzlich mehrere Hundert Franken im Portemonnaie fehlen. Sie will nicht begreifen, dass Mindestlöhne vor Armut schützen.

Das ist kein Wunder. Steuerdaten sind zwar nicht öffentlich, doch die Behauptung sei gewagt: Die Millionärsdichte unter der Bundeshauskuppel ist deutlich höher als in der breiten Bevölkerung. Zwei Volksvertreter aus SVP und FDP sind gar Milliardäre, wie die Bilanz jedes Jahr in ihrer Reichsten-Liste vermeldet. Und vermutlich versteuert niemand null Vermögen, wie es bei über 20 Prozent der Bevölkerung der Fall ist.

Auch Arbeitgeberpräsident, Rechtsanwalt und Uniprofessor Roland A. Müller dürfte zu den «Hablichen» dieses Landes zählen. Fraglich, ob er für 250 Franken die Stunde das Telefon abnimmt. Derweil die Coiffeuse zehn Stunden lang Haare schneidet.

Dieser Arbeitgeberpräsident – und mit ihm die rechte Mehrheit aus SVP, FDP und Mitte – findet, dass über die Sozialhilfe unfaire Arbeitgeber subventioniert werden sollen, die keine existenzsichernden Löhne bezahlen. Das werden wir bekämpfen!

Es grüsst euch solidarisch
Pia Wildberger

INHALT

- 4 Mitte-rechts will Löhne senken**
Das werden wir mit einem Referendum bekämpfen
- 6 Feministische Brandmauer gegen rechts**
Wir stellen uns gegen den Backlash
- 8 Die Mieten sind zu teuer!**
Zusammen mit dem Mieter:innenverband haben wir darum die Mietpreis-Initiative lanciert
- 9 – 12 Berichte aus den Kantonen**
- 13 Klimasünder:innen vor Gericht**
Juristenfutter: Neu lassen sich Klimaschäden auf einzelne Konzerne zurückführen
- 14 Upcycling: Anleitung für eine Fahnen-Tasche**
Wir zeigen, wie's geht
- 16 Kochen fürs Klima: Kein Luxusgut auf dem Teller!**
- 17 Gewusst, wie: Gerecht vererben in Patchwork-Familien**
- 18 5 Fragen an Neumitglied Stefano Wenk, Schauspieler und Lehrperson aus Bern**
- 19 Anlässe der SP Schweiz, von Movendo und der Anny-Klaw-Morf-Stiftung**
- 20 Bildungsangebote der SP Schweiz**



Klare Forderung an den Bundesrat, unterstützt von 130 000 Menschen.

Gaza-Appell und Grossdemo in Bern

Die israelische Armee hat in anderthalb Jahren mehr als 54 000 Menschen getötet, darunter mindestens 15 000 Kinder. Während ganze Familien ausgelöscht, Krankenhäuser bombardiert werden und Hunger gezielt als Waffe eingesetzt wird, verschliesst der Schweizer Bundesrat die Augen.

Mit dem Gaza-Appell fordern wir ihn auf, endlich zu handeln: Für einen sofortigen Waffenstillstand, die Aufhebung der Gaza-Blockade, die unmissverständliche Verurteilung der Kriegsverbrechen und die sofortige Wiederaufnahme der humanitären Hilfe. Die Betroffenheit war selten so gross: Innert einer Woche unterzeichneten rund 130 000 Menschen den entsprechenden Appell der SP.

Seit der Übergabe des Appells ist der Druck noch gewachsen. Am vergangenen Wochenende gingen in Bern rund 20 000 Menschen auf die Strasse und brachten so ihr Entsetzen über die Untätigkeit des Bundesrats und die grauenvolle Situation in Gaza zum Ausdruck. Sie forderten den Bundesrat auf, endlich zu handeln.

Stopp-F-35-Petition dringender denn je

Während Donald Trump die Welt an den Rand des Abgrunds führt, wurde am Wochenende bekannt, dass die Beschaffung der F-35-Kampffjets eine Milliarde Franken mehr kosten dürfte als vom Bundesrat vor der Abstimmung angegeben. Beim Kaufpreis von 6 Milliarden handle es sich um einen Fixpreis, bestätigte die damalige Vorsteherin des Verteidigungsdepartements Viola Amherd landauf, landab immer wieder. Nun stellt sich heraus: Diese Angabe dürfte falsch gewesen sein.

Für SP-Nationalrätin Priska Seiler Graf, Präsidentin der nationalrätlichen Sicherheitskommission, ist klar: «Dass die Schweiz allfällige Mehrkosten in Milliardenhöhe übernimmt, geht nicht», sagte sie in der Tageschau gegenüber SRF.

Vor diesem Hintergrund ist die Petition aktueller denn je, die wir vor Wochenfrist mit 40 000 Unterschriften bei der Bundeskanzlei einreichten. Wir fordern darin eine Überprüfung des Kaufs der Kampffjets made in USA. Denn Donald Trump droht mit militärischer Gewalt gegen andere Länder und setzt die US-Armee gegen die eigene Bevölkerung ein. Trotzdem will der Bundesrat Milliarden Franken in die USA schicken, um F-35-Kampffjets zu kaufen. Wir bleiben dran!

Initiative für eine Zukunft abgelehnt

In der Sommersession hat das Parlament die Initiative für eine Zukunft abgelehnt. Die bürgerliche Mehrheit verschliesst damit die Augen vor der grössten Herausforderung unserer Zeit. Sie ist weder gewillt, konkrete Massnahmen gegen die Klimakrise zu ergreifen, noch denkt sie daran, Superreiche endlich gerechter zu besteuern. Obwohl Superreiche den grössten Teil der CO₂-Emissionen verursachen, trägt die Allgemeinheit die sozialen und ökologischen Kosten dieser Krise. Wenn es jedoch um konkrete Vorschläge für eine gerechtere Vermögensverteilung geht, lässt Mitte-rechts trotz der massiven und steigenden Ungleichheit jegliche Gesprächsbereitschaft vermissen. Zugunsten des Klimas fordert die Initiative der JUSO eine Erbschaftssteuer von 50 Prozent auf Erbschaften über 50 Millionen Franken.

Mitte-rechts will Löhne per Gesetz senken

Arbeiten im Tieflohnbereich zu Stundenlöhnen von weniger als 25 Franken.

Der Nationalrat hat in der Sommersession ein Gesetz beschlossen, das kantonale und kommunale Mindestlöhne aushebeln soll. Damit folgt das Parlament dem Ruf von Arbeitgeberpräsident Roland A. Müller. Dieser findet: Löhne müssen nicht zum Leben reichen – im Notfall soll die Sozialhilfe einspringen. Für die SP ist klar: Korrigiert der Ständerat diesen Entscheid nicht, bekämpfen wir dieses Lohnsenkungsgesetz per Referendum.



Cédric Wermuth, Nationalrat und Co-Parteipräsident

In den letzten Jahren haben immer mehr Kantone und Städte kantonale beziehungsweise kommunale Mindestlöhne beschlossen, oder es sind entsprechende Initiativen unterwegs. Der Grund: Gesetzliche Mindestlöhne sind ein wirksames Mittel zur Armutsbekämpfung. Wer voll arbeitet, soll von seinem Lohn leben können.

Attacke auf demokratische Volksabstimmungen

Den bürgerlichen Parteien SVP, FDP und Mitte waren diese linken Erfolge bei kantonalen und kommunalen Abstimmungen von Beginn an ein Dorn im Auge. Sie folgen hier einmal mehr dem Ruf der Arbeitgeber-

verbände: Diese bekämpfen die Mindestlöhne in den Städten mit Einsprachen – selbst wenn die Zustimmung an der Urne gross war. Dabei wiederholen sie mantramässig, Mindestlöhne seien schädlich für die Wirtschaft und Jobkiller.

Wie vorgeschoben und falsch diese Argumente sind, zeigt nicht nur die Forschung, sondern auch eine kürzlich erschienene Zeitungsforschung. In der zuständigen Parlamentskommission offenbarte der Arbeitgeberpräsident Roland A. Müller den wahren Grund für den Angriff auf die Mindestlöhne: Löhne sollen nicht zum Leben reichen und nicht existenzsichernd sein müssen. Mit anderen Worten: Arbeitgeber

sollen demnach mit ultratiefen Löhnen Menschen ausbeuten und ihre Profite maximieren können, während die Allgemeinheit am Schluss via Sozialhilfe dafür bezahlt.

Nationalrat will Mindestlöhne per Gesetz aushebeln

Trotz grossem Aufschrei in der Bevölkerung liess sich die bürgerliche Mehrheit im Nationalrat nicht beeindrucken. Sie hat in der Frühlingsession ein Gesetz beschlossen, mit dem zufolge Mindestlöhne in Kantonen und Gemeinden nicht mehr gelten sollen – obwohl das Volk sie gutgeheissen hat und selbst der rechtsdominierte Bundesrat dieses Lohnsenkungsgesetz als verfassungswidrig bezeichnet und es gemeinsam mit 25 von 26 Kantonen ablehnt. Da die Vorlage auf einem Vorstoss von Mitte-Ständerat Erich Ettlin basiert, ist davon auszugehen, dass die kleine Kammer im Herbst das Gesetz definitiv beschliesst. Ab dann läuft die Referendumsfrist, in der in 100 Tagen 50 000 gültige



Tom Cassee,
Generalsekretär SP Schweiz

Mitte-rechts regiert gegen die Bevölkerung – doch die Hoffnung wächst

Wer in diesen Wochen auf die politischen Mehrheitsentscheide in Bern blickt, erkennt ein klares Muster: Eine Mitte-rechts-Mehrheit in Bundesrat und Parlament macht Politik gegen die Interessen der breiten Bevölkerung.

Der Nationalrat will kantonale Mindestlöhne faktisch abschaffen – und stellt sich damit offen gegen Volksentscheide und Tausende Angestellte. Die Bürgerlichen kürzen damit die Löhne im Gastgewerbe, in den Coiffeursalons oder der Reinigungsbranche. Der Präsident des Arbeitgeberverbands meint dazu lapidar: Wenn der Lohn nicht zum Leben reicht, muss halt die Sozialhilfe einspringen.

Beim Thema Elternzeit hält die Parlamentsmehrheit stur am überholten und veralteten Familienmodell fest. Zwei Wochen Vaterschaftsurlaub – mehr nicht. Damit bleibt unbezahlte Care-Arbeit an den Frauen hängen, Männer werden aus der Vaterrolle gedrängt, und Kinder verpassen wertvolle gemeinsame Zeit. Mehr noch: Die Diskussion um die Elternzeit soll gemäss Mitte-rechts nun sogar dazu dienen, den Mutterschaftsschutz zu verwässern.

Und während die neue Megabank UBS Gewinne in Milliardenhöhe einfährt, verzögert der Bundesrat die Einführung klarer Regeln. Die Profite am Paradeplatz sind ihm offensichtlich wichtiger als die Stabilität unserer Volkswirtschaft. Beim nächsten Crash wird wieder die Allgemeinheit zahlen. Doch diese Mehrheiten sind nicht in Stein gemeisselt, es gibt Hoffnung! Hunderttausende sind soeben beim feministischen Streik für Gleichstellung eingestanden. Rund 130 000 Menschen haben unseren Gaza-Appell unterschrieben, damit der Schweizer Bundesrat nicht mehr länger schweigt. Auch in den Kantonen und Gemeinden gibt es Grund optimistisch zu sein: Die Stimmberechtigten in Zürich haben deutlich Nein zu Steuergeschenken für Konzerne gesagt, in Schaffhausen investiert die öffentliche Hand in erneuerbare Energien, und in Glarus haben die Stimmberechtigten autofreien Sonntagen im Klöntal zugestimmt. Überall im Land engagieren sich Menschen für eine sozialere Schweiz. Diese Bewegungen machen Mut: Engagieren wir uns weiter mit Entschlossenheit und Zuversicht!



Keystone

Unterschriften gesammelt werden müssen.

Die Auswirkungen wären brutal

Sollte die Vorlage durchkommen, hätte das reale Lohnsenkungen für Angestellte zur Folge. Bei den kantonalen Mindestlöhnen betrifft das Gesetz vor allem die Kantone Genf und Neuenburg. Beispielsweise würde im Kanton Genf, wo heute ein Mindestlohn von knapp 24.50 Franken pro Stunde gilt, eine gelernte Coiffeuse mit zwei oder drei Jahren Berufserfahrung bis zu 250 Franken im Monat verlieren. Eine angelernte Mitarbeiterin in der Textilreinigung sogar 300 Franken. Auch im Gastgewerbe würden Angestellte bis zu 300 Franken weniger verdienen. Tiefstlöhnerinnen und Tiefstlöhner, die bereits heute jeden Monat kämpfen müssen, um am Ende noch die Krankenkassenprämien und die Miete bezahlen zu können, wären somit die massgeblich Betroffenen. Faktisch wäre es das erste Lohn-

senkungsgesetz in der Schweiz seit 1848.

Abzockerlöhne seit Jahren unangetastet

Während also tiefe Löhne per Gesetz gesenkt werden sollen, argumentiert die gleiche Mehrheit aus SVP, FDP und Mitte seit Jahren, dass die Beschränkung von Abzockerlöhnen in den Manageretagen aus ordnungspolitischen und marktliberalen Gründen nicht möglich sei. Der Gesetzgeber dürfe sich nicht in die Lohngestaltung eines privatwirtschaftlichen Unternehmens einmischen.

Was für die UBS, Novartis oder die Axpo gilt, gilt nicht für Coiffeusen, Reinigungsmitarbeitende und Gastroangestellte. Diese Ungleichbehandlung und Missachtung hart arbeitender Menschen, die jeden Franken zweimal umdrehen müssen, um über die Runden zu kommen, ist verantwortungslos.

Die Aufgabe der SP wird es sein, dieses Gesetz mit aller Kraft per Referendum zu bekämpfen.



Die Slogans am feministischen Streik in Bern sprechen eine klare Sprache.

Feministische Brandmauer gegen rechts

Rechtsextreme Bewegungen gewinnen weltweit an Einfluss – im Schulterschluss mit Antifeminismus, Queerfeindlichkeit und patriarchaler Gewalt. Auch in der Schweiz zeigt sich dieser Backlash. Die SP-Frauen fordern darum eine klare verfassungsrechtliche Absicherung von feministischen Grundrechten und ein Investitionspaket für Gleichstellung.

Weltweit erleben wir aktuell einen gefährlichen Aufschwung autoritärer Regime, von Nationalismen und rechtsextremen Bewegungen. Achtzig Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs sind Parteien wie Reform UK, Rassemblement National, die SVP oder die AfD so stark wie nie zuvor. In Allianz mit kapitalstarken Kreisen aus dem Silicon Valley treibt Donald Trump den autoritären Umbau der US-Gesellschaft voran.



Tamara Funicello, Nationalrätin BE, Co-Präsidentin SP Frauen

Antifeminismus spielt bei diesem globalen Rechtsruck eine zentrale Rolle: Er verbindet rechtsextreme, konservative, verschwörungsideologische und fundamentalistisch-religiöse Kräfte und schafft es, rechte Inhalte in die gesellschaftliche Mitte zu tragen – über scheinbar «harmlose» Angriffe auf die Gleichstellung, sexuelle Bildung oder auf die Sichtbarkeit von Queers. Wie die Autorin Susanne Kaiser in ihrem Buch «Backlash – die

neue Gewalt gegen Frauen» aufzeigt, folgt auf feministische Erfolge häufig ein massiver Backlash. Rechte Politik nutzt gezielt antifeministische Narrative, um demokratische Strukturen auszuhöhlen – durch Vereinzelung, Spaltung und den Angriff auf soziale Errungenschaften.

Backlash in der Schweiz

Auch in der Schweiz ist der Backlash längst spürbar: Angriffe auf den Mutterschaftsurlaub, das Burkaverbot, die Abschaffung der lebenslangen Witwenrente, familienrechtliche Verschlechterungen, chronisch unterfinanzierte Kitas sowie die mangelnde Priorisierung bei der Bekämpfung patriarchaler Gewalt.



Aleksandra Zdravković

ziden, zu wenig Schutzplätze, kaum langfristige Prävention und nur unzureichende Täterarbeit. Gewalt gegen Frauen wird noch immer als «Einzelfall» behandelt.

Unsere Antwort: Mehr Feminismus

Die SP-Frauen fordern als Antwort auf den antifeministischen Backlash die Stärkung und den Schutz feministischer Grundrechte. Nicht als symbolischen Akt, sondern als echte Schutzmauer, als Grundlage für eine solidarische, inklusive Gesellschaft. Konkret fordern wir die Verankerung folgender Grundrechte in der Verfassung:

- 1. Das Recht auf finanzielle Autonomie und Gleichstellung in allen Lebenslagen:** Wahre Freiheit braucht ökonomische Unabhängigkeit. Dazu gehören: gleicher Lohn, soziale Absicherung, gerechte Verteilung von Erwerbs- und Sorgearbeit.
- 2. Das Recht auf körperliche Selbstbestimmung:** Niemand ausser wir selbst entscheidet über unseren Körper. Dieses Recht schützt die sexuelle und reproduktive Freiheit sowie den Zugang zur Gesundheitsversorgung.
- 3. Das Recht auf Schutz vor patriarchaler Gewalt:** Der Staat muss Betroffene konsequent schützen, Täter verfolgen und Gewalt strukturell verhindern.

Gleichstellung braucht Investitionen

Klar ist: Grundrechte allein reichen nicht. Rechte müssen mit Ressourcen hinterlegt werden. Deshalb fordern wir ein Investitionspaket für Gleichstellung. Es braucht verbindliche Mittel für Frauenhäuser, Beratungsstellen, Prävention, Bildung und Gleichstellungsinstitutionen. Nur so wird aus Rechten gelebte Realität!

Parallel dazu nehmen geschlechtsspezifische, queer- und transfeindliche sowie rassistische Gewalttaten zu. Laut dem Portal stopfemizid.ch wurden in der Schweiz 2025 bis Mitte Juni bereits 16 Femizide und 6 versuchte Femizide gezählt – ein dramatischer Anstieg im Vergleich zum Vorjahr. Dennoch fehlt es an politischen Massnahmen: Es gibt noch immer keine offiziellen Statistiken zu Femi-

ANGRIFF AUF DIE GLEICHSTELLUNG – ANGRIFF AUF JUNGE FAMILIEN

Die Schweiz ist europaweit Schlusslicht bei der Vereinbarkeit von Beruf und Familie. Nun will die zuständige Nationalratskommission den Mutterschaftsurlaub «flexibilisieren» – und stellt damit die bestehenden 14 Wochen in Frage. Das ist ein Angriff auf die Gleichstellung. Bereits heute bleiben rund 80 Prozent der Mütter und gebärenden Personen länger zu Hause – oft unbezahlt. Statt für faire Elternzeit und besseren Mutterschutz zu sorgen, wird beides gegeneinander ausgespielt. Wer sich keine unbezahlte Auszeit leisten kann, bleibt auf der Strecke. Es braucht echte Wahlfreiheit – für alle, nicht nur für Gutverdienende!

Ohne finanzielle Eigenständigkeit keine Gleichstellung

Eva Herzog,
Ständerätin BS

Es war eine Zitterpartie: Mit 22 zu 21 Stimmen hat sich der Ständerat für die Individualbesteuerung ausgesprochen, im Nationalrat machten 8 Stimmen den Unterschied (101 zu 93). Damit hat das Anliegen, das die SP seit langem unterstützt, eine wichtige Hürde genommen. Das ist vor allem wichtig für uns Frauen, denn finanzielle Eigenständigkeit ist die Basis für tatsächliche Gleichstellung.

Die 2022 von den FDP-Frauen mit überparteilicher Unterstützung eingereichte Initiative zur Einführung der Individualbesteuerung will eine zivilstandsunabhängige Besteuerung, die den vielfältigen Lebensrealitäten gerecht wird – ohne Heiratsstrafe oder -bonus.

Der Bundesrat hat der Initiative einen indirekten Gegenvorschlag gegenübergestellt, der die Umsetzung auf Bundes- und Kantonebene regelt. Das geht den Gegner:innen gegen den Strich, die auf die kantonale Steuerhoheit pochen. Dabei ist es undenkbar, dass Paare vom Bund getrennt und kantonale gemeinsam besteuert werden. Gerne malen sie auch den Bürokratie-Teufel an die Wand. Nur, was ist aufwändiger: die wiederholte Änderung des Steuerstatus oder eine Steuer-ID, die ein Leben lang gleich bleibt?

Bis zum Schluss haben Mitte und SVP das Ende von Ehe und Familie heraufbeschworen. Sie wollen die Heiratsstrafe mit Splittingmodellen abschaffen. Diese bringen jedoch höhere Steuerausfälle mit sich und würden für die zweitverdienende Person, meist die Frau, keinen Arbeitsanreiz setzen. Genau dieser Anreiz ist aber der Hauptgrund, weshalb wir die Vorlage unterstützen.

Die verabschiedete Vorlage folgt dem Vorschlag des Bundesrats, verursacht aber mit 600 Millionen Franken weniger Ausfälle. Wichtig ist die Gesamtwirkung: 50 Prozent der Steuerpflichtigen bezahlen mit der Reform weniger Steuern, 36 Prozent sind nicht betroffen und nur 14 Prozent – die obersten Einkommen – bezahlen etwas mehr.

Jetzt Karte
in der Heftmitte
unter-
schreiben!

Schluss mit explodierenden Mieten

Jacqueline Badran bei der Lancierung der Mietpreis-Initiative.

Die Mieten sind zu teuer, für alle! Das kommt nicht von ungefähr: Die Mieten sind in den letzten 20 Jahren regelrecht explodiert. Mit der Mietpreis-Initiative wollen wir Gegensteuer geben.

Eigentlich wäre das Schweizer Mietrecht vorbildlich. Es beschränkt die Miete auf die realen Kosten, die beim Wohnen anfallen, und sichert den Eigentümer:innen zusätzlich eine angemessene Rendite, die an den Referenzzinssatz gekoppelt ist. So steht es im Gesetz. Doch das ist leider nur die halbe Wahrheit. In Tat und Wahrheit sind die Renditen vieler Immobilieneigentümer:innen heute illegal hoch. Mieter:innen bezahlen jährlich bis zu 10 Milliarden Franken zu viel – das macht pro Haushalt 360 Franken. Monatlich! Korrekt müssten die Mieten heute im Schnitt 32 Prozent tiefer liegen (siehe Grafik).

Zum einen haben die Vermietenden die sinkenden Referenzzinssätze und Kosten in den letzten Jahren nicht an die Mieterschaft weitergegeben. Bei jedem Wechsel wird die Miete zudem schamlos um ein paar hundert Franken erhöht.

Zum anderen hat sich der Immobilienmarkt fundamental verändert. Zur Jahrtausendwende befanden sich noch 57 Prozent der Immobilien in privater Hand und weniger als jede dritte Wohnung gehörte einem Immobilienkonzern. Für viele private Vermieter:innen stand das Wohnen im Vordergrund. Heute sind 44 Prozent der Immobilien im Besitz



Jacqueline Badran,
Nationalrätin ZH und
Vorstandsmitglied
Mieter:innenverband

von Fonds, Banken und Konzernen. Deren Ziel heisst bloss Rendite.

Regelmässige Kontrollen für tragbare Mieten

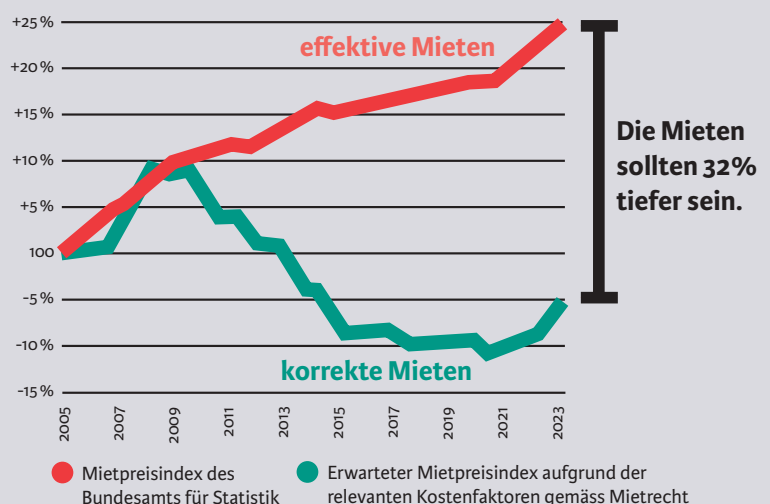
Die Mieter:innen werden nicht nur zur Kasse gebeten. Sie müssen auch noch dafür sorgen, dass das Gesetz eingehalten wird. Bei Verdacht auf einen überhöhten Anfangsmietzins müssen sie innert 30 Tagen nach Einzug bei der Schlichtungsbehörde vorstellig werden. Sonst bezahlen

sie für den Rest der Mietdauer den möglicherweise illegalen Aufschlag. Die Verantwortung für die Kontrolle liegt allein bei der Mieterschaft.

Damit die Mieten wieder bezahlbar werden, muss sich das ändern. Darum hat der Mieter:innenverband die Mietpreis-Initiative lanciert, die von der SP massgeblich unterstützt wird. Die Initiative fordert, dass die Mieten künftig regelmässig und automatisch überprüft werden, wie wir das von anderen Gesetzen her kennen. Mit einer Kombination von Kontrollen und klaren Regeln gegen missbräuchliche Renditen können wir so dafür sorgen, dass die Mieten endlich wieder tragbar werden.

So entwickeln sich die Mieten:

Entwicklung der effektiven und korrekten Mieten seit 2005





Momente der Freude und Ausgelassenheit trotz des schweren Themas.

Rückblick auf den feministischen Streik 2025

Bei sommerlicher Hitze gingen am 14. Juni 2025 in Luzern 3000 Menschen für den feministischen Streik auf die Strasse. Es war ein Tag der Auflehnung und des Widerstands – ein Tag, der sichtbar machte, was normalerweise ignoriert wird.

Mit dem Motto «Care-Arbeit» wurden Tätigkeitsformen in den Mittelpunkt gerückt, die unsere Gesellschaft am Laufen halten, aber systematisch missachtet werden. Sorgearbeit wird immer noch hauptsächlich von Frauen geleistet: unbezahlt, unterbezahlt, emotional erschöpfend und gesellschaftlich kaum gewürdigt. Der Streik machte unmissverständlich klar: Das muss sich ändern.

Femizide: Gewalt hat System

Wir SP-Frauen des Kantons Luzern haben uns in diesem Jahr bewusst für das Thema «Femizide» entschieden. Es ist ein Thema, das erschüttert und betroffen macht, das in der Schweiz jedoch viel zu oft totgeschwiegen wird. Jede ermordete Frau ist eine zu viel. Hinter jedem Statistikeintrag steht ein ausgelöschtes Leben. Doch es herrschen weiterhin Schweigen, politische Untätigkeit und

strukturelle Ignoranz. Unsere Botschaft war schonungslos: Hinter dieser Gewalt steckt ein System, das Frauen entwertet, unterdrückt und tötet.

Blumenkränze als stille Anklage

Das Nachmittagsprogramm fand erstmals auf dem weitläufigen, aber vollen Inseli statt. Unser Stand diente der Information, Begegnung und dem Gedenken – Menschen blieben stehen, hörten zu und interessierten sich. Mit Bedacht fertigten wir Blumenkränze, die als stille Anklage für alle durch patriarchale Gewalt getöteten Frauen getragen wurden. Besucher:innen konnten auch Tattoos als sichtbare Botschaft aufkleben. Trotz des schweren Themas entstanden Momente der Freude und Ausgelassenheit, die neue Kampfkraft schenkten.

Kraftvolle Reden

Der Demonstrationszug führte durch die Altstadt über die Seebrücke zurück zum Inseli. Je zwei kraftvolle Reden beim Theater- und Schwanenplatz elektrisierten die Menge. Die Teilnehmenden waren laut, zeigten ihre gebastelten Transparente und waren halt «immer no hässig». Die Macht der Verbundenheit wurde greifbar: Solidarität, die heilt und stärkt – Verbundenheit als Widerstand. Der Tag war mehr als nur Protest, er war gelebte feministische Praxis mit Fürsorge, geteilter Verantwortung, dem Mut zur unbequemen Wahrheit und der Weigerung, aufzugeben. Denn wir werden nicht schweigen, solange Frauen in dieser Gesellschaft bedroht sind. Nicht bei der Arbeit, nicht in der Fürsorge, nicht in der Liebe, nicht im Leben.

Wir streiken weiter. Wir erinnern weiter. Wir kämpfen weiter.

NI UNA MENOS!

SP Frauen Kanton Luzern, Mirjam Züblin



Die Delegiertenversammlung hat Julia Baumgartner (Mitte) als Präsidentin sowie Thomas Fastermann und Barbara Heer als Vizepräsidium am 22. Mai 2025 einstimmig gewählt.

Der Unsicherheit im Grossen begegnen wir mit Sicherheit im Kleinen

Zum Start als neues Präsidium der SP Basel-Stadt möchten wir euch aufzeigen, welche politische Reise wir anstreben. Ein wichtiger Eckpfeiler ist für uns die Sicherheit – im Sinne eines umfassenden Sicherheitsbegriffs. Wir wollen sozialdemokratische Werte stärken und weiterentwickeln. Zusammen mit euch, den Mitgliedern der SP Basel-Stadt.



Julia Baumgartner,
Präsidentin SP Basel-Stadt

An der Jahresdelegiertenversammlung vom 22. Mai 2025 wurden wir – Julia Baumgartner (Präsidentin), Thomas Fastermann und Barbara Heer (Vizepräsidium) – als neues Präsidium der SP Basel-Stadt gewählt. Wir danken euch herzlich für das entgegengebrachte Vertrauen. Es ist uns eine grosse Ehre, Verantwortung für diese Partei zu übernehmen – und wir freuen uns sehr auf die bevorstehende Arbeit mit euch allen.

Wir leben in einer Zeit grosser gesellschaftlicher Herausforderungen. Die Klima-

krise bedroht unsere Existenz, die soziale Ungleichheit nimmt zu, rechte und antidemokratische Kräfte erstarben weltweit und die Rechte von Queers und Migrant:innen geraten zunehmend unter Druck. Diese Entwicklungen verunsichern – und sie verlangen klare, sozialdemokratische Antworten.

Als SP Basel-Stadt wollen wir dieser Unsicherheit im Grossen mit Sicherheit im Kleinen begegnen – mit konkreten Verbesserungen im Alltag, im Quartier, in der Schule und am Arbeitsplatz. Für uns heisst das: bezahlbarer Wohnraum, sichere Schulwege, die Vereinbarkeit von Beruf und Familie, Löhne, von denen man leben kann, gute Betreuung für ältere Menschen sowie eine Klimapolitik, die gerecht ist und niemanden zurücklässt. Und wir setzen uns für eine Gesellschaft ein, in der alle Menschen diskriminierungsfrei und



Michael Waser



Michael Waser

Die Delegierten kamen zahlreich zur Jahresversammlung, an der das neue Präsidium gewählt wurde (oben).

Die AphaSingers sind ein Chor von Menschen mit sprachlicher Beeinträchtigung. Sie haben die Jahresdelegiertenversammlung eröffnet.

selbstbestimmt leben können. Wir kämpfen für einen Kanton, in dem alle dazugehören.

Wir sind überzeugt: Eine starke Linke entsteht nicht allein durch gute Sachpolitik, sondern durch gelebte Solidarität.

Ein politisches Zuhause schaffen

Die SP Basel-Stadt soll ein politisches Zuhause sein für alle, die von Diskriminierung, Ausgrenzung oder Armut betroffen sind, und für alle, die sich für soziale Gerechtigkeit und demokratische Teilhabe einsetzen. Das bedeutet für uns auch: Wir müssen noch gezielter auf Menschen zugehen, die bisher zu wenig Gehör finden. Menschen, die Schicht arbeiten, Menschen mit Behinderungen, Menschen mit Migrationsgeschichte, Menschen, die trotz Arbeit am Existenzminimum leben.

Demokratie lebt vom Mitmachen – und dafür müssen wir Räume schaffen. Räume, in denen offen diskutiert werden kann, auch kontrovers, aber immer respektvoll. Ohne Angst, etwas Falsches zu sagen. Mit dem gemeinsamen Willen, weiterzukommen. Wir wollen eine Partei sein, die zuhört, die mobilisiert und die sichtbar ist – auf der Strasse, im Quartier, im Grossen Rat, im National- und Ständerat und im Regierungsrat.

Gemeinsam vorwärts

Für die nächsten Monate und Jahre haben wir uns Grosses vorgenommen. Unser Ziel

ist klar: Wir wollen 2028 die linke Mehrheit im Grossen Rat und im Regierungsrat holen. Dafür müssen wir als Partei noch sichtbarer werden – nicht nur im Wahlkampf, sondern kontinuierlich, mit klaren, verständlichen und nahbaren Positionen. Wir wollen die Vielfalt stärken – nach innen wie nach aussen. Das heisst: eine Parteikultur, die einlädt und Partizipation ermöglicht. Eine Partei, die die Vielfalt unserer Gesellschaft abbildet. Und eine Organisation, in der auch jene Stimmen Platz finden, die sonst oftmals überhört werden.

Und: Wir wollen die SP als Bewegung weiterentwickeln; mit transparenten Prozessen, einer lebendigen Diskussionskultur, guter Zusammenarbeit zwischen Quartiervereinen, Sachgruppen, Parteiorganen und Mandatsträger:innen – mit dem klaren Fokus auf die Verbesserung der Lebensverhältnisse der Menschen in diesem Kanton.

Die grossen Herausforderungen lassen sich nur gemeinsam bewältigen. Wir wollen das Vertrauen, das ihr uns geschenkt habt, nutzen, um die SP Basel-Stadt als starke, solidarische Kraft weiterzuentwickeln. Wir freuen uns auf viele Begegnungen, auf spannende Diskussionen – und auf das gemeinsame Engagement für einen sozialen, ökologischen und gerechten Kanton!

LINKS BL·BS

GEMEINDERATSWAHLEN
RIEHEN

Zeit, die Zukunft zu gestalten



Martin Leschhorn Strebel und Anna Verena Baumgartner wollen anstelle von Guido Vogel in den Gemeinderat, damit dort die stärkste Partei in Riehen endlich mit zwei Sitzen vertreten ist.

Millionendefizite und politische Verweigerungshaltung beim Anpacken der Herausforderungen in der Familien- oder Verkehrspolitik: Mit der bürgerlichen Mehrheit im Gemeinderat seit 2010, die 2022 nochmals deutlich weiter nach rechts rutschte, ist die Gemeinde in eine Krise geschliffen. Diese bürgerliche Mehrheit hat ihre primäre Aufgabe nicht darin gesehen, Konzepte für eine nachhaltige Zukunft der Gemeinde vorzulegen, sondern in dauernder Abgrenzung zu einer herbeigeredeteten rot-grünen Politik im Kanton.

Die Gemeindewahlen vom 19. Oktober 2025 können nun den Politikwechsel einläuten. Und die SP Riehen hat dazu zwei Kandidierende nominiert. Nach 12 Jahren wird Gemeinderat Guido Vogel nicht mehr antreten. Mit Anna Verena Baumgartner und Martin Leschhorn Strebel tritt die SP mit zwei starken, äusserst engagierten Kandidierenden an. Ihr Statement ist klar: «Wir wollen Riehener Errungenschaften verteidigen – und wir wollen Riehen sozial und ökologisch gestalten.»



Jetzt den Wahlkampf der SP unterstützen und für eine oder mehrere Telefonaktionen anmelden!



Eine gemeinsame Kandidatur für eine starke Linke im Berner Jura

Die beiden linken Parteien im Berner Jura, der Parti Socialiste Grand Chasseral (PSGC) und die Grünen Grand Chasseral, haben sich darauf geeinigt, gemeinsam eine Kandidatin oder einen Kandidaten der Linken für den bernjurassischen Sitz im Regierungsrat aufzustellen.



Maurane Riesen,
Co-Präsidentin
PS Grand-Chasseral

Dies ist ein Novum, da die Suche nach einer solchen Kandidatur bisher von den kantonalen Parteistrukturen unter Einbezug der Regionalparteien organisiert wurde. Die beiden Parteien legten einen Fahrplan fest, in dem das Prinzip ihrer Zusammenarbeit im Hinblick auf die kantonalen Wahlen sowie

der Rahmen und die notwendigen Schritte definiert wurden. Der Fahrplan beschreibt die Schritte zur Festlegung der gemeinsamen Kandidatur für den dem Berner Jura zustehenden Sitz im Regierungsrat, das Prinzip der Listenverbindungen auf regionaler Ebene sowie eine koordinierte Kommunikation und Wahlkampagne.

Am 13. Juni nominierten die Teilnehmer:innen des Parteitags des PS Grand Chasseral die Person, welche sie ins Rennen schicken werden. Wir freuen uns sehr, mit Hervé Gullotti einen erfahrenen, kompetenten und weitsichtigen Politiker präsentieren zu können. Der Gemeindepräsident von Tramelan und ehe-

malige Präsident des Grossen Rates verfügt über die nötige Erfahrung und ein grosses Netzwerk, was ihn zu einem starken Kandidaten macht. Es ist vorgesehen, dass die Grünen Grand Chasseral Ende Juni ihre Kandidatur festlegen. Sofern sich keine Person zugunsten der anderen zurückzieht, wird im August eine «Vorwahl» organisiert, um zu bestimmen, ob Hervé Gullotti oder die von den Grünen Grand Chasseral nominierte Person aufgestellt wird.

Der PS Grand-Chasseral freut sich sehr über dieses neuartige Vorgehen bei der Bestimmung einer Kandidatur. Sowohl auf kantonaler als auch auf regionaler Ebene sind sich beide Parteien einig, dass dieser Schritt langfristig angelegt ist. Ziel ist es, die Linke in der Region zu stärken, um die Interessen der Bevölkerung besser vertreten zu können. Die Leitwerte der beiden Parteien sind Solidarität, eine umwelt- und klimaschonendere Politik sowie der Abbau von Ungleichheiten.



Klimasünder vor Gericht

Zählt zu den grössten Verschmutzern: die Erdölindustrie.

Neu lassen sich wirtschaftliche Ausfälle aufgrund extremer Hitze auf einzelne Unternehmen zurückführen. In den USA führt dies bereits zu ersten Klagen vor Gericht. Gut möglich, dass die grössten Klimasünder dereinst auch in Europa zur Kasse gebeten werden.

Dass Ölkonzerne mit ihren klimaschädlichen Emissionen einen immensen wirtschaftlichen Schaden anrichten, ist nicht neu. Doch nun lässt sich der Schaden beziffern und auf einzelne Akteure zurückführen. Dies belegt eine neue US-Studie, die in der renommierten Fachzeitschrift *Nature* publiziert wurde. Die Forscher Christopher Callahan und Justin Mankin nutzten ein Modell, mit dem sich regionale wirtschaftliche Verluste wegen extremer Hitze auf den Ausstoss einzelner Fossilunternehmen zurückführen lassen. Mit anderen Worten: Schäden lassen sich einem Verursacher anlasten.

Anfang der 2000er-Jahre stellten sich Forscher:innen erstmals die Frage, ob es der Wissenschaft je gelingen würde, den Zusammenhang zwischen den Emissionen einzelner Unternehmen und dem Klimawandel wissenschaftlich nachzuweisen. «Etwas mehr als 20 Jahre später können wir diese Frage mit Ja beantworten», sagt Studienautor Justin Mankin. «Unser Rahmenwerk kann robuste emissionsbasierte Zuschrei-

bungen von Klimaschäden auf Unternehmensebene liefern.»

Erste Klagen sind hängig

Das ist nicht nur wissenschaftlich, sondern auch juristisch von Bedeutung. Denn mit der Anrechenbarkeit von Klimaschäden könnten Konzerne künftig für Schäden haftbar gemacht werden. In den US-Bundesstaaten Vermont und New York bestehen bereits Gesetze, die grosse Fossilunternehmen verpflichten, sich an den Kosten von Katastrophen zu beteiligen, die nachweislich mit ihrem CO₂-Ausstoss zusammenhängen. Noch sind Klagen gegen die Gesetze hängig, aber Studien wie die genannte können den Weg zu mehr Klimagerechtigkeit weisen.

Gut möglich also, dass die grössten Klimasünder in Europa bald nicht nur moralisch, sondern auch finanziell zur Verantwortung gezogen werden können.

Wer wird zur Kasse gebeten?

Bislang profitieren grosse Konzerne von ihren klimaschädlichen Produk-

ten, tragen jedoch nichts zur finanziellen Bewältigung der Klimakrise bei. Anders die öffentliche Hand und die Bevölkerung: Die Menschen nutzen die Produkte der Öl- und Gasindustrie im Alltag, bleiben aber alleine auf den Klimakosten sitzen.

Der Wohlstand der westlichen Welt basiert zu einem grossen Teil auf fossilen Brennstoffen. Umso wichtiger ist es, dass Ölkonzerne endlich bei der Bewältigung der Krise mithelfen. Studienautor Christopher Callahan sagt es so: «So wie ein Pharmakonzern für die Nebenwirkungen eines Medikaments gerade stehen muss, obwohl das Medikament auch Nutzen bringt, genauso sollten auch fossile Energieunternehmen sich nicht um die Schäden füttern können, die sie angerichtet haben, nur weil ihre Produkte wirtschaftlichen Aufschwung gebracht haben.»

Der Artikel erschien erstmals auf der Plattform «direkt», die aktuelle Themen aus sozialdemokratischer Perspektive beleuchtet. Du kannst die Artikel von «direkt» hier lesen und abonnieren:



Anleitung für einen Flag bag

Darauf möchten wir bei unseren Abstimmungskampagnen nicht mehr verzichten: bunte Flaggen. Sie tragen die politische Botschaft von Balkongeländern und Gartenzäunen in die Welt hinaus, manchmal über lange Zeit. Doch was tun, wenn die Fahne nicht mehr aktuell ist? Häufig genug landet der wertvolle Rohstoff im Abfall.

Die Mitglieder der Klimaplattform in der Gemeinde Küttigen hatten darum eine bessere Idee: Sie arbeiten die Flaggen zu farbenfrohen Taschen oder coolen Necessaires um. Seit einigen Monaten nähen Interessierte in der Aargauer Gemeinde regelmässig gemeinsam aus alten Flaggen Taschen. Auch einige Ukrainer:innen im Dorf nutzen das Angebot der Klimaplattform, sodass ein soziales Projekt entstanden ist, das die Gemeinde stärkt.

Willst du deine eigene politische Geschichte in eine coole Tasche ummünzen? Schnapp dir eine alte Fahne und setz dich an die Nähmaschine! Viel Spass beim Nähen.

Du hast keine Zeit zum Nähen?

Unter www.flagbag.ch bietet die Klimaplattform schöne, fixfertige Fahrentaschen günstig an.



SO GEHTS

Was du brauchst



- 1 Fahne
- Schere und Nahttrenner
- Massband oder Massstab
- Clips oder Stecknadeln
- Nähmaschine + Faden

► Wichtiger Hinweis: Vernähe alle «Fäden» sofort mit der Nähmaschine.

1

Fahne vorbereiten



Säume auftrennen und Metallösen entfernen.

2

Henkel zuschneiden



Zwei Streifen (6–7 cm breit, ca. 75 cm lang) abschneiden. Diese für später aufbewahren.

3

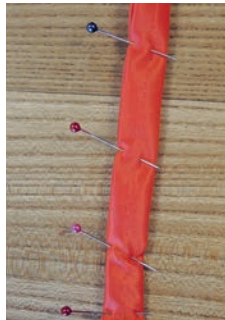
Fahne falten und nähen



- Ösenlöcher mit einem geraden Schnitt abschneiden (parallel zur kurzen Kante).
- Fahne so falten, wie die Tasche aussehen soll (Motiv innen). Mit Clips oder Stecknadeln fixieren.
- Seiten mit der Nähmaschine zusammennähen (Stichlänge: 2 – 2,5 mm).

4

Henkel herstellen



- Jeden Streifen längs falten. Wieder öffnen.
- Dann beide Seiten zur Mitte falten, nochmals falten, mit Nadeln fixieren.
- Die lange offene Kante zusammennähen. Wichtig: Stoff dabei leicht dehnen.

5

Henkel an der Tasche befestigen



- 2 cm von der oberen Kante der Tasche nach unten messen, markieren.
- Tasche in der Länge in drei gleich breite Teile teilen, Henkel auf Höhe der Markierungen befestigen.
- Henkel 2 cm tief in die Tasche legen, oberen Rand doppelt einschlagen.
- Feststecken und mit der Nähmaschine annähen (Nadelstellung links).

6

Henkel fixieren



Henkel hochklappen und entlang des oberen Saums nochmals festnähen (Nadelstellung rechts).

7

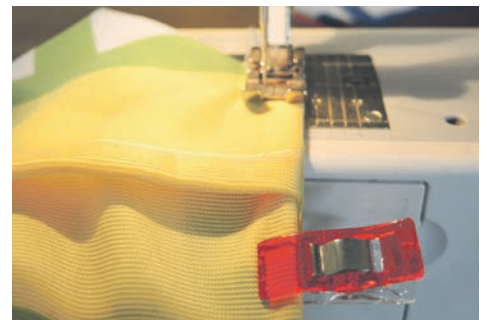
Boden formen (optional)



- Ein Boden macht die Tasche stabiler, ist aber nicht zwingend.
- Tasche umstülpen (Motiv aussen).
 - An den unteren Ecken 6 cm Linie zeichnen (im rechten Winkel zur Kante).
 - Entlang dieser Linie nähen, Spitzen abschneiden.

8

Boden versteppen



Tasche umstülpen (Motiv innen) und Ecken sauber auf Höhe der Naht abnähen, sodass die Naht der abgeschnittenen Ecken nicht mehr sichtbar ist. Tasche umstülpen.

Fertig! Deine Flagbag ist bereit!

Kein Luxusgut auf dem Teller

Koch Rémy Bossart aus Domat/Ems zaubert aus einfachen Zutaten Speisen mit viel Geschmack und für grossen Genuss. Ein Hoch aufs Gemüse! Pia Wildberger

Wer weiss, vielleicht wird Rémy Bossart mal Politiker? An Argumenten und Themen fehlt es dem jungen SP-Mitglied jedenfalls nicht. Während er Zucchini und Tomaten virtuos in hauchdünne Scheiben schneidet und in die vorbereitete Form legt, kommt er vom kommunistischen Manifest zur profunden Kritik am Finanzwesen, stellt die gesellschaftliche «Hackordnung» in Frage – und rührt kurz die Bramata-Polenta um. Es verwundert nicht, dass er Politikwissenschaften oder internationale Beziehungen studieren will. Darum bereitet er sich derzeit auf die Passerelle vor. Denn ursprünglich hat Rémy Bossart Koch gelernt.

Für ihn ist die Klimaküche «das grosse Ding». Als Vegetarier ist er unter Köchen eher eine Ausnahme. «Aber man muss hinterfragen, was man isst», sagt er überzeugt. «Die Produktion von Futtermitteln für die Massentierhaltung ist die totale Verschwendung.» Im Vergleich zu Gemüse wird für die Fleischproduktion ein Vielfaches an Fläche, Wasser und Energie benötigt. 60 Prozent des Ackerlandes in der Schweiz werden für die Futtermittelproduktion genutzt. Fehlt ihm Fleisch nicht? «Ich will kein Luxusgut auf

dem Teller haben. Und als Koch habe ich unglaublich viele feine Möglichkeiten, Gemüse zu verarbeiten.» Zum Beispiel in einem Ratatouille à la Rémy.

Seine Kritik zielt nicht auf den einzelnen Menschen. «Die wahren Verschmutzer in Sachen Klima sind Grosskonzerne.» Aber alle Menschen könnten und sollten sich klimafreundlich ernähren. Und da hat auch Verschwendung nichts verloren.

Wie aus dem Food-Film Ratatouille

Für das französische Traditionsgericht Ratatouille schichtet Rémy Bossart das Gemüse wie im wunderbaren Food-Film gleichen Namens, das dem sonnigen Gemüseauflauf ein Denkmal setzte. Fun Fact: Die Bezeichnung «à la Rémy» bedeutet in der Fachsprache der Köch:innen nichts anderes, als dass das Gemüse klassisch geschichtet wird. Mit dem Namen des Kochs – dem von Rémy Bossart oder dem der kochenden Ratte im Food-Film – hat es nichts zu tun.

Rémy Bossart lässt sich nicht nur von der Küche Südfrankreichs inspirieren, sondern auch von der italienischen und der thailändischen. Nach der Lehre und dem Militärdienst

verbrachte er ein Jahr in Asien und Südeuropa, um die Sprachen zu lernen und – je nach Gelegenheit – in lokalen Küchen mitzuarbeiten. Sein Fazit als Vegetarier: In zu vielen Gerichten ist immer noch Rindsbouillon oder Oyster-Sauce drin. In der eigenen Küche findet er darum Mittel und Wege, diese zu ersetzen. «Und dann radikalisiere ich mich zum Veganer.»

DAS MENÜ DER ZUKUNFT

Essen ist politisch. Die Art und Weise, wie wir uns ernähren, ist für rund einen Drittel der Treibhausgas-Emissionen verantwortlich. Für unseren Fleischkonsum wird Regenwald abgeholzt und Soja angebaut, das den Tieren als Kraftfutter verfüttert wird. Ausserdem landet ein Teil der Ernte im Abfall. Am meisten Food Waste fällt in Privathaushalten an.

Dagegen lässt sich etwas tun. Was sollen wir essen und wie können wir kochen, damit wir unseren CO₂-Ausstoss reduzieren? Renommierte Köchinnen und Köche stellen in dieser Serie eines ihrer nachhaltigen Lieblingsrezepte vor.



Ratatouille à la Rémy

Rezept für 4 Personen

Zutaten

- 1 Aubergine
- 1 Zucchini
- 6 Tomaten
- 1 Zwiebel
- 2 Knoblauchzehen
- 3 TL Tomatenmark
- 2 EL Olivenöl
- 2 dl Rotwein
- Gewürz nach Belieben

Bramata

- 150 g Bramata-Polenta
- 6 dl Gemüsebouillon
- 2,5 dl Flora Cream (oder anderer Rahm auf pflanzlicher Basis)

Garnitur

8 Blätterteig-Stängelchen

Zubereitung

1. Knoblauchzehen klein hacken, 2 Tomaten und Zwiebel klein würfeln. 4 Tomaten, Aubergine und Zucchini in feine Scheiben schneiden.
2. Olivenöl in einer Bratpfanne erwärmen. Knoblauch, Zwiebeln und das Tomatenmark glasieren. Die Tomatenwürfel dazugeben und mit Rotwein ablöschen.
3. Pfanneninhalt in einer Gratinform verteilen. Gemüsescheiben abwechselnd schichten. Nach Belieben würzen.
4. Bramata und Bouillon in zweite Gratinform geben, zudecken.
5. Beides 40 Minuten bei 180 Grad im Heissluftofen garen. Nach 30 Minuten Garzeit den Rahm über die Bramata giessen und vorsichtig unterrühren.
6. Blätterteiggarnitur nach Belieben auf dem Backblech bereitstellen und optional mit Öl bepinseln, kurz vor Backende in den Ofen schieben.

En Guete!

Gewusst wie: Gerecht vererben in Patchworkfamilien

Gerade in Patchworkfamilien ist es schwierig, das Erbe für alle gerecht aufzuteilen – und die Bedürfnisse des überlebenden Ehegatten, der überlebenden Ehegattin zu berücksichtigen. Am Beispiel von Peter und Marianne zeigt Notar Alexander Martinolli*, wie man vorsorgen kann.

Das Ehepaar Marianne und Peter kommt mit einem besonderen Anliegen in die Kanzlei. Beide sind zum zweiten Mal verheiratet und haben gemeinsam drei erwachsene Kinder. Peter hat zudem zwei Kinder aus erster Ehe. Das Paar wohnt in einem Haus in der Agglomeration von Bern. Peter möchte unbedingt verhindern, dass Marianne das Haus nach seinem Tod sofort verlassen oder verkaufen muss. Was ist zu tun?

Entscheidend: Familiensituation

Schauen wir uns das im Detail an. Das Gesetz regelt die gesetzliche Erbfolge, wobei diese von der familiären Situation (verheiratet, Kinder) abhängt. Je nach Familienstand sind also andere Personen erbberechtigt. Im vorliegenden Fall sind dies die Ehefrau und die Nachkommen, also alle fünf Kinder. Sie gelten als pflichtteilsgeschützte Erb:innen. Der Pflichtteil beträgt jeweils die Hälfte des gesetzlichen Erbteils und kann vom Erblasser nicht ohne besonderen Grund entzogen werden.

Testament oder Erbvertrag?

Was müssen Peter und Marianne tun, damit Marianne nach Peters Tod nicht ausziehen muss? Die beiden haben zwei Möglichkeiten, eine vom Gesetz abweichende Verteilung festzulegen: Sie können ein Testament aufsetzen oder einen Erbvertrag abschliessen. Das Testament kann von Peter handschriftlich oder durch öffentliche Beurkundung bei einer Urkundsperson errichtet werden.

Ein Erbvertrag muss hingegen von der verfügenden Person und mindestens einer weiteren Person abgeschlossen werden. Der Erbvertrag ist zwingend durch öffentliche Beurkundung bei einer Urkundsperson zu errichten. Und: Im Gegensatz zum Testament kann der Erbvertrag nur von

allen am Vertrag beteiligten Personen aufgehoben oder geändert werden.

Kinder verzichten zugunsten der Eltern

Häufig schliessen Eltern mit ihren Kindern einen so genannten Erb- und Erbverzichtsvertrag. Dabei verzichten in der Regel die volljährigen Kinder zugunsten des überlebenden Elternteils auf ihren Erbteil. Das verbleibende Vermögen erhalten die Kinder erst nach dem Tod des anderen Elternteils.

In Patchworkfamilien wie der von Peter und Marianne ist es besonders wichtig, im Erbvertrag die Folgen eines gemeinsamen Todes oder zeitlich eng aufeinander folgenden Versterbens genau zu regeln. Stirbt beispielsweise Peter kurz vor Marianne, erbt Marianne laut dem zwischen ihnen abgeschlossenen Erbvertrag alles. Es entsteht ein einziges Vermögen. Stirbt sie kurz darauf ebenfalls, müssen sich die drei gemeinsamen Kinder nicht nur Peters Erbe, das bereits an Marianne übergegangen ist, sondern auch Mariannes Erbe mit den beiden Kindern von Peter teilen.

Was auf den ersten Blick kompliziert oder gar stossend klingen mag, muss es nicht sein. Es empfiehlt sich daher dringend, die Erbfolge rechtzeitig mit einer Urkundsperson zu regeln.

ERBRECHT EINFACH ERKLÄRT

Die SP Schweiz führt mit Notar Alexander Martinolli ein Online-Seminar zum Thema «vorsorgen einfach erklärt» durch. Es findet am Mittwoch, 19. November 2025, von 19.30 bis 21 Uhr statt. Sie können sich schon heute anmelden unter www.spschweiz.ch/vorsorgen-einfach-erklart.



Wir freuen uns auf eine rege Teilnahme.

* Alexander Martinolli ist Notar und arbeitet im Advokaturbüro Bracher & Partner in Bern. Sein Spezialgebiet ist das Erbrecht.



Fragen an Stefano Wenk

59, Schauspieler und Lehrperson aus Bern

1. Warum bist du der SP beigetreten?

Mein Herz hat immer schon für die SP geschlagen. Für mich ist entscheidend, dass sich die SP für die Schwächeren in der Gesellschaft einsetzt. Gerade im Vergleich zu den bürgerlichen Parteien, bei denen oft die eigenen Interessen im Vordergrund stehen, habe ich bei der SP das Gefühl, dass sie sich um das grosse Ganze und um die Gleichberechtigung aller bemüht.

2. Gab es einen besonderen Anlass für den Beitritt?

Ich bin kurz vor Donald Trumps Wahl beigetreten. Weil er im Wahlkampf auch hierzulande Unterstützung bekam, fand ich, dass es nun reicht. Aber eigentlich sind es meine Erfahrungen in der LGBTIQ-Bewegung, in der Kulturszene und als Schauspieler, die mich zur SP geführt haben. Durch das ständige Ringen um faire Arbeitsbedingungen und die Unterstützung durch Gewerkschaften habe ich gemerkt, wie wichtig es ist, auch parteipolitisch Rückhalt zu bekommen. Die SP ist für mich die Partei, die auch für Kunst und Kultur kämpft.

3. Du hast ja kürzlich geheiratet. Gratuliere!

Ja, mein Mann und ich haben letztes Jahr geheiratet. Das war nur möglich, weil sich auch die SP seit langem für gleiche Chancen und Rechte für alle einsetzt. Die SP ruht sich nicht auf den wenigen verwirklichten Anliegen von LGBTIQ+ aus, wie andere Parteien es tun, sondern setzt sich weiter für noch mehr Gleichberechtigung ein.

4. Du warst viele Jahre lang ein gefeierter Schauspieler am Stadttheater Bern. Was machst du heute?

Das Theater ist sehr hierarchisch organisiert und wenig wertschätzend. Nach zwei Jahrzehnten an der Bühne Bern wechselte ich darum vor zwei Jahren den Beruf. Heute unterrichte ich autistische Jugendliche. Ich vermittele ihnen Sozialkompetenz sowie deutsche Literatur und unterstütze sie so, ihren Alltag zu bewältigen und sich besser in die Gesellschaft zu integrieren. Die Arbeit gefällt mir sehr, sie ist sinnstiftend und erfüllend.

5. Was erwartest du von der SP?

Ich wünsche mir, dass die SP mutig, laut und unbequem bleibt. Es ist wichtig, dass sich die Partei auch in einem schwierigen politischen Umfeld für Gleichstellung und soziale Gerechtigkeit einsetzt – für alle Menschen, unabhängig von Herkunft, Geschlecht oder Status. Alle sollen sicher und frei leben können.

Pia Wildberger

BUCHBESPRECHUNG

Von meiner Gesellenwanderung

Robert Grimm, treibende Kraft hinter dem Generalstreik von 1918 und prägende Figur der Schweizer Sozialdemokratie des letzten Jahrhunderts, verbrachte als junger Druckergeselle zwei Jahre auf der Walz. Vom Zürcher Oberland aus führte ihn der Weg nach Graz, wo er monatelang in der Druckerei der Zeitung «Arbeiterwille» arbeitete. Er erlebte dort das Aufblühen der Arbeiterbewegung und fasste das prägende Jahr mit den Worten «Erziehung zum Sozialisten» zusammen. Vom «rothen Graz» aus reiste er grösstenteils zu Fuss via Ljubljana nach Triest und von dort nach Gorizia. Die Rückreise führte ihn über Villach an der Drau, Linz und das Südtirol, über den Ofen- und den Julierpass zurück ins zürcherische Wald.

Im Tagebuch schildert Robert Grimm detailliert die Freuden und Leiden eines Wandergesellen. Wir erfahren von der ständigen Finanzknappheit, die ihn gelegentlich sogar zum Betteln zwang. Auch schlechtes Wetter und wiederholte Polizeikontrollen erschwerten ihm das Leben. Andererseits genoss er die Geselligkeit unterwegs sowie in den Treffpunkten der Arbeiterschaft und freute sich an schönen Landschaften. Auf der Walz freundete er sich immer wieder mit sozialdemokratisch gesinnten Arbeitern an, finden sich in seinem Tagebuch doch Notizen zu geselligen Abenden und Texten von Arbeiterliedern.

Das leicht lesbare Buch bietet interessante Einblicke in eine traditionelle Form der Arbeitsmigration, die von Gewerkschaften, Gewerbe und der öffentlichen Hand gleichermassen gefördert wurde. Grimm gehörte zur letzten Generation von Handwerkern, die diesen jahrhundertealten Brauch fortführten. Die meisten Zeugnisse von Wanderjahren wurden gewöhnlich Jahrzehnte später aus der Erinnerung verfasst. Umso wertvoller sind die Aufzeichnungen von Robert Grimm, der uns so einen unmittelbaren und unverfälschten Eindruck von Jahren auf der Walz überliefert.

Das schmale Büchlein, das Andreas Berz und Bernard Degen von der Robert-Grimm-Gesellschaft sehr sorgfältig aufbereitet und mit vielen interessanten Erklärungen versehen haben, macht die prägenden Jahre von Robert Grimm einer breiten Öffentlichkeit zugänglich. Es bietet nicht nur politisch, sondern auch gesellschaftlich interessierten Leser:innen spannende Einblicke in das Leben von

anno dazumal und die für Robert Grimm prägenden Jahre – wirklich lesenswert!

Pia Wildberger



Von meiner Gesellenwanderung (1900–1902)

Aufzeichnungen eines bedeutenden Politikers als junger Mann, von Robert Grimm. Erschienen im Chronos-Verlag. Erhältlich online oder in deiner Lieblingsbuchhandlung.



Das Bildungsinstitut der Gewerkschaften

Kurs für Mitglieder von Vorsorgekommissionen

Kurs Nr. D1.3.2501

11. September 2025 in Bern

Dieser Kurs vermittelt Mitgliedern von Vorsorgekommissionen das nötige Hintergrundwissen, um ihre verantwortungsvollen Aufgaben wahrzunehmen.

PowerPoint-Bildschirm- präsentationen

Kurs Nr. D2.6.2518

12. September 2025 in Bern

Oft enthalten PowerPoint-Präsentationen zu viele Folien, zu viel Text, zu viele Effekte und komplizierte Grafiken. Lerne, Präsentationen zu gestalten, Folien mit Texten und Grafiken zu erstellen, Effekte einzubauen und den Ablauf der Präsentation zu planen.

Vorbereitung auf das Mitar- beitendengespräch und Lohn- verhandlungen

Kurs Nr. D2.4.2529

15. – 16. September 2025 in Olten

Lerne, wie du dich auf ein Mitarbeitenden- oder Qualifikationsgespräch vorbereiten kannst, um dabei zu überzeugen. Mit Argumentations- und Verhandlungsgeschick kannst du dich für deine Anliegen einsetzen.

Queer am Arbeitsplatz

D2.5.2527

2. – 3. Oktober 2025 in Kappel a. A.

In der Schweiz sind viele Lesben, Bisexuelle, Schwule, queere und trans Menschen am Arbeitsplatz nicht geoutet. Auch im Arbeitsalltag erfahren LGBTIQ-Personen oft Ausgrenzung und Diskriminierung. Doch welchen Schutz vor Diskriminierung hat eine queere Person? Und wie können queere Kolleg:innen unterstützt werden?

Protokollführung

D1.8.2505

9. – 10. Oktober 2025 in Balsthal

Das Protokoll dient nicht nur der Information und Kontrolle; es ist auch ein wichtiges Führungsinstrument. Protokolle sind ein Vorbereitungstool für die nächste Sitzung. Die Teilnehmenden üben, die wesentlichen Aussagen und Entscheidungen schriftlich festzuhalten.

Gesund bleiben am Arbeitsplatz: stehende Berufe

D2.2.2510

30. Oktober 2025 in Olten

Rückenweh vom stundenlangen Stehen? Schmerzen in Muskeln und Gelenken? Gestresst und müde? Und trotzdem freundlich lächeln und effizient arbeiten? Wir geben praktische Tipps, um lange Arbeitstage mit weniger Beschwerden durchstehen zu können. Dank guter Körperhaltung, gesunder Ernährung und besserem Umgang mit Stress.

Die Anmeldung erfolgt online www.movendo.ch, per Mail info@movendo.ch oder per Telefon 058 218 00 00

AGENDA 2025

SA, 30. AUGUST

Mieter:innen-Tagung, Biel

FR, 5. SEPTEMBER

Parteirat, online

SA, 6. SEPTEMBER

Mitgliederversammlung

SP Frauen, Biel

SA, 13. SEPTEMBER

Kommunaltagung, Olten

DI, 16. SEPTEMBER

Gleichstellung und Inklusion
in Sektionen, online

SA, 27. SEPTEMBER

Herbstkonferenz SP60+

SA, 4. OKTOBER

Mitgliederversammlung SP
queer, Lausanne

DI, 21. OKTOBER

Explodierende Prämien – was
braucht es jetzt?, online

SA, 25. OKTOBER

Parteitag, Sursee

SA, 25. OKTOBER

Städtekonferenz

DI, 4. NOVEMBER

Atomkraft – immer noch nein
danke!, online

DO, 13. NOVEMBER

Gestern & heute: Die Rolle der
Schweiz bezüglich Sklaverei
und Kolonialismus, online

SA, 15. NOVEMBER

Delegiertenversammlung
SP Migrant:innen, Bern

MI, 19. NOVEMBER

Vorsorgen einfach erklärt

FR, 21. NOVEMBER

Delegiertenversammlung
SP60+, Bern

FR, 28. NOVEMBER

Parteirat



Aktuelle Infos unter
www.sp-ps.ch/agenda



Geschichte und Grundlagen der Sozialdemokratie

Am eintägigen Grundlagen-seminar lernen Teilnehmende die Grundlagen und Geschichte der Sozialdemokratie kennen und untersuchen an konkreten Beispielen, wie eine Politik der sozialen Demokratie verwirklicht werden kann.

6. September, 9 – 18.30 Uhr,

Eventraum, Falkenplatz 11, Bern

Tag der Demokratie

Wie gut kennst du dich mit der Demokratie aus? Mach bis am 15. September mit beim Quiz «Tag der Demokratie»: Wir sensibilisieren mit dem kurzweiligen Spiel für die Demokratie und vermitteln die Geschichte sozialer Kämpfe sowie

engagierter Persönlichkeiten.

Bis am 15. September, online

Europabildungstag: Switzerland in the heart of Europe

Am Europabildungstag bringen wir zusammen mit der Foundation for European Progressive Studies (FEPS) junge progressive Stimmen aus der Schweiz und ganz Europa zusammen, um uns gemeinsam mit der politischen Beziehung zwischen der Schweiz und der Europäischen Union auseinanderzusetzen. In einem kompakten, interaktiven Format bietet der Tag fundiertes Wissen über EU-Institutionen, aktuelle Entwicklungen in der Europapolitik und Raum für Diskussionen über die Rolle der Schweiz in Europa. Ziel ist es, Austausch zu fördern, politische Reflexion anzuregen und neue Perspektiven auf eine progressive europäische Zukunft zu eröffnen.

4. Oktober, 9.30 – 18.30 Uhr im

Eventraum, Falkenplatz 11, Bern

Buchvorstellung: Die Nazis vom Schächenwald

Das Buch dokumentiert die kaum bekannten Aktivitäten national-

sozialistischer Gruppierungen in der Innerschweiz, insbesondere im Schächenwald bei Altdorf, und bietet eine kritische Auseinandersetzung mit rechtsextremen Strukturen in der Schweiz des 20. Jahrhunderts. Gespräch mit dem Autor Reto Gamma, moderiert von Nationalrat Eric Nussbaumer, Stiftungsratspräsident der Anny Klaw Morf-Stiftung.
30. Oktober, 18.30 – 20 Uhr,
Eventraum, Falkenplatz 11, Bern

Geld oder Klima? Auf Spuren- suche im Schweizer Finanzplatz

Wie nachhaltig ist der Schweizer Finanzplatz, welche Klimawirkung haben Finanzströme, und was weiss man überhaupt über deren CO₂-Fussabdruck? Expert:innen aus Wissenschaft, Journalismus und Zivilgesellschaft gehen diesen Fragen nach und hinterfragen die Verantwortung und Transparenz von Pensionskassen.

13. November, 18.30 – 20 Uhr, Zürich

Alle Veranstaltungen sowie Studien, Publikationen und Diskussionspapiere finden sich unter anny-klawa-morf.ch



Mieter:innen entlasten – Immobilienlobby stoppen!

→ **Samstag, 30. August 2025**
Kongresszentrum Biel
13–17.30 Uhr

Mit **Jacqueline Badran** (Nationalrätin), **Christian Dandrès** (Nationalrat) und **Philippe Thalmann** (Ökonom und Experte für den Wohnungs- und Immobilienmarkt)

Mieter:innen zahlen jährlich 10 Mrd. Franken mehr Miete als das Gesetz erlaubt. Die Immobilienlobby nutzt ihren Einfluss, damit ihre Profite ständig steigen. Wir analysieren wir gemeinsam die Lage und überlegen, wie wir die Mietexplosion stoppen und der unrechtmässigen Rendite mit Boden Einhalt gebieten können.



Explodierende Prämien – was braucht es jetzt?

→ **Dienstag, 21. Oktober 2025**
online | 19.30–21 Uhr

Mit Nationalrätin **Barbara Gysi** und SGB-Zentralsekretär **Reto Wyss**

In den letzten zwanzig Jahren haben sich die Krankenkassen-Prämien mehr als verdoppelt, während Löhne und Renten kaum gestiegen sind. Auch 2026 werden die Prämien wohl erneut steigen. Wir besprechen, welche Faktoren ausschlaggebend sind und welche Massnahmen Abhilfe schaffen. Wir legen einen Fokus auf die Pharmaindustrie und ihre enormen Profite.



Atomkraft – immer noch nein danke!

→ **Dienstag, 4. November 2025**
online | 19.30–21 Uhr

Mit **Gabriela Suter** (Nationalrätin), **Martina Munz** (alt Nationalrätin) und **Florian Kasser** (Greenpeace, Präsident der Allianz Atomausstieg)

Atomkraft bleibt eine gefährliche Technologie. Bald wird die Bevölkerung entscheiden, ob der Neubau von AKW wieder erlaubt werden soll. Wir erfahren mehr über die aktuelle Diskussion im Parlament, sprechen mit Expert:innen und Aktivist:innen über die ungelöste Problematik des Atom Mülls und darüber, warum erneuerbare Energien mehr denn je die Zukunft sind.



Gestern & heute: Die Rolle der Schweiz in Sklaverei und Kolonialismus

→ **Do, 13. November 2025**
online | 19.30–21 Uhr

Mit **Hans Fässler** (Historiker) und **Jovita dos Santos Pinto** (Kulturwissenschaftlerin für Postkolonialismus und Schwarzen Feminismus)

Unbekannte koloniale Vergangenheit: Die Schweiz war verstrickt in Sklavenhandel und Kolonialismus. Bis heute wirken diese Strukturen nach – durch strukturellen Rassismus, Überausbeutung und eine eurozentristische Perspektive sowie bei Banken und Rohstoffkonzernen, die koloniale Muster zur Profitmaximierung nutzen.

BILDUNGSANLÄSSE FÜR VORSTÄNDE UND BEHÖRDENMITGLIEDER

Kommunaltagung

→ **Sa, 13. September 2025**
10–16 Uhr | Olten

Für Exekutivmitglieder
in kleinen und mittelgrossen
Gemeinden

Exekutivmitglieder in kleinen und mittleren Gemeinden sind oft mit komplexen Situationen konfrontiert. An der Kommunaltagung fokussieren wir auf Schlüsselfragen der Kommunalpolitik: die Schulraumplanung, Wohn- und Bodenpolitik und darauf, wie Gemeinden die Kaufkraft stärken können. Natürlich kommt auch der informelle Austausch nicht zu kurz.

Gleichstellung und Inklusion in den Sektionen

→ **Dienstag, 16. September 2025**
online | 19.30–21 Uhr

Für Präsidien und Vorstände
von Sektionen

Gleichstellung zwischen den Geschlechtern, den Sexualitäten und Inklusion von Menschen mit Behinderungen sind leider auch innerhalb der SP noch keine Selbstverständlichkeit. Wir diskutieren, warum das so ist, und schauen konkrete Massnahmen sowie Unterstützungsangebote an, mit denen wir die Situation in den Sektionen verbessern können.

AZB
CH-3001 Bern
PP/Journal

Post CH AG

